

## **105. Plenarsitzung am 21. April 2021**

**Drs. 18/8346: Für einen zielgerichteten Schutz unserer vulnerablen Gruppen**

**Drs. 18/8493: Für einen Stufenplan 2.1: für differenzierte Öffnungskriterien!**

**Drs. 18/8494: Die Pandemie mit flankierenden Maßnahmen aktiv bekämpfen**

**Drs. 18/8644: Ein Leben mit dem Virus ermöglichen**

### **Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei allen Diskussionen über die ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie sollten wir uns immer wieder vergegenwärtigen, wie gefährlich diese Erkrankung ist. Inzwischen beklagen wir über 5 100 Tote in Niedersachsen. 62 % der Intensivplätze sind belegt, zurzeit mit steigender Tendenz. Über 224 000 Menschen haben sich infiziert. Wir gehen davon aus, dass 10 % Langzeitfolgen haben werden. 22 000 Patientinnen und Patienten werden somit über drei Monate an Beschwerden leiden. Davon können alle Organsysteme betroffen sein. Vermehrt sind Menschen erschöpft. Es wird mit einem Anstieg des Chronic Fatigue Syndroms, der Krankheit ME/CFS, gerechnet. Deshalb sind Schutzmaßnahmen erforderlich.

Andererseits sind Menschen verzweifelt, weil sie wirtschaftliche Probleme haben oder wegen der Kontaktbeschränkungen einsam sind. Sie wollen, dass ihnen eine Perspektive aufgezeigt wird. Deshalb ist der Stufenplan entwickelt worden, der differenziert ist. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses hat Staatssekretär Dr. Mielke dargelegt, dass nach der Bundesgesetzgebung dieser Stufenplan in die Verordnung eingearbeitet wird.

Abhängig sind die einzelnen Stufen von den Inzidenzen. Diese Werte geben das Infektionsgeschehen gut wieder, aber nicht die Schwere des Krankheitsverlaufs. Deshalb haben wir im Sozialausschuss ausführlich darüber diskutiert, ob die Belegung der Beatmungslplätze ein weiterer wichtiger Indikator wäre. Das Problem besteht allerdings darin, dass eine neue Welle erst zwei Wochen später die Krankenhäuser erreicht. Wir müssen aber rechtzeitig eingreifen.

Ich wage zu bezweifeln, dass der R-Wert ein sinnvoller zusätzlicher Indikator für eine Öffnungsperspektive ist. Es wurde ein R-Wert kleiner 0,8 vorgeschlagen. Manche meinen, dass dann auch bei einer Inzidenz zwischen 25 und 50 Chancen auf weitergehende Lockerungen bestehen. Betrachtet man jedoch das Geschehen der vergangenen Monate, stellt man fest, dass diese Schwelle - zumindest deutschlandweit - nie erreicht worden ist. Zudem können beim R-Wert Schätzfehler auftreten.

Eine Forderung des Antrags bezieht sich auf die Zoos. Sie dürfen nach der geeinten Vorlage der Bundestagsfraktion von CDU/CSU und SPD bei entsprechenden Infektionsschutzmaßnahmen auch bei einer Inzidenz über 100 öffnen. Ich hoffe, dass dies im weiteren Verfahren nicht geändert wird.

Vulnerable Gruppen sind zielgerichtet geschützt worden. Frühzeitig wurden Besuche in Einrichtungen zugelassen. Zunächst waren Heimleitungen allerdings sehr zurückhaltend. Dies kann ich nachvollziehen, weil vor allem infizierte ältere Menschen starben. Aufgrund dieser Situation wurde dann § 14 der Verordnung geändert. Danach hat die Leitung von Heimen und unterstützenden

Wohnformen in einem Hygienekonzept Regelungen zu treffen, durch die Besuchsrechte nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden.

Zur Bekämpfung der Seuche sind verschiedene Maßnahmen erforderlich, auf die auch im Antrag hingewiesen wird. Die Impfquote muss schnell erhöht werden. Inzwischen haben in Niedersachsen 20 % der Bevölkerung eine Impfung erhalten. Das Testen ist ausgeweitet worden - auch in der stationären und ambulanten Pflege.

Die Kontaktnachverfolgung wird über Apps verbessert. Der Datenaustausch zwischen den Gesundheitsämtern und dem Land erfolgt auch durch die Anwendung des Programms SORMAS.

Infektionsschutzmaßnahmen werden ergriffen. Abstandsregeln und Hygienevorschriften sind weiterhin erforderlich. Masken sind zur Verfügung gestellt worden. Kontakte im privaten Umfeld müssen begrenzt werden, weil sich Menschen bei solchen Treffen anstecken. Appelle allein werden dort nicht ausreichen.

Zusammenfassend kann ich somit feststellen, dass die Forderungen der vorliegenden Anträge entweder überholt sind, weil gehandelt wurde, oder nicht sinnvoll sind. Leider unterziehen Sie von der Opposition sich nicht der Mühe, Ihre Anträge zu aktualisieren. Sie produzieren Anträge am laufenden Band, aber keine, die der Landtag beschließen könnte. Deshalb lehnen CDU und SPD die Anträge ab.

Schönen Dank.